Im Verlauf des Meinungsaustausches zu anderen internationalen Fragen unterstrichen die Delegationen der Volksrepublik Bulgarien, der Ungarischen Volksrepublik, der Deutschen Demokratischen Republik, der Volksrepublik Polen, der Sozialistischen Republik Rumänien, der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und der Tschechoslowakischen Sozialistischen Republik, daß sich ihre Staaten konsequent für eine gerechte und dauerhafte friedliche Regelung von Konfliktsituationen einsetzen, in welchem Gebiet der Welt diese auch immer entstehen mögen. Es gibt keine Probleme, weder globale noch regionale, die ihres Erachtens nicht mit politischen Mitteln gelöst werden könnten. Dies erfordert die strikte Achtung der souveränen Rechte und der Unabhängigkeit aller Staaten, den völligen Verzicht auf eine Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten, auf die Anwendung oder Androhung von Gewalt, auf Versuche, eine ausländische Herrschaft über sie zu errichten und sie zu Aufmarschgebieten für Aggressionen gegen andere Länder zu machen.

Schon lange hätte ein dauerhafter Frieden im Nahen Osten hergestellt sein können. Der Weg dorthin - auf den auch die auf der Tagung vertretenen Staaten mehrfach hingewiesen haben - ist bekannt. Er führt über die umfassende politische Regelung im Nahen Osten unter unmittelbarer Teilnahme aller interessierten Seiten, einschließlich des arabischen Volkes von Palästina in Gestalt seines Vertreters - der Palästinensischen Befreiungsorganisation - und auf der Grundlage der Achtung der legitimen Interessen aller Staaten und Völker im Nahen Osten, einschließlich Israels.

Diese Regelung erfordert den Abzug der israelischen Truppen von allen 1967 okkupierten arabischen Gebieten, die Wiederherstellung des Rechtes für das arabische Volk von Palästina auf Selbstbestimmung, einschließlich der Schaffung eines eigenen unabhängigen Staates, und die Gewährleistung der Souveränität und Sicherheit aller Staaten dieses Raumes. Eine politische Regelung im Nahen Osten erfordert ebenfalls, daß keine Handlungen unternommen werden, die die Erreichung dieser Ziele erschweren, daß sich kein Staat in die inneren Angelegenheiten der Länder und Völker dieser Region einmischt, versucht, ihnen vorzuschreiben, welche soziale und politische Ordnung sie bei sich zu errichten haben, und daß kein Staat Ansprüche auf ihre natürlichen Ressourcen erhebt und Versuche unternimmt, sich dieser zu bemächtigen.

Die Teilnehmer der Tagung unterstrichen auch die Notwendigkeit einer politischen Regelung der um Afghanistan entstandenen Lage. Eine solche Regelung muß die vollständige Beseitigung und die Nichtwiederaufnahme jeglicher Formen der Einmischung von außen, die gegen die Regierung und das Volk Afghanistans gerichtet ist, zuverlässig garantieren. In Verbindung mit der vollständigen Beseitigung jeglicher gegen die Regierung und das Volk von Afghanistan